

„Christus sollte Kopftuch tragen“

Prominent besetztes Podium in Heidelberg lotet die Grenzen von Meinungs- und Religionsfreiheit aus

Von Daniel Bräuer

Heidelberg. Konflikt muss sein. Gerade mit Einwanderern. Wo sich Mehrheitsgesellschaft und Zugezogene anschweigen, entstehen abgeschottete Parallelwelten. So beschrieb es der Soziologe Paul Scheffer am Donnerstag im DAI. Thema der Diskussion, zu der das John Stuart Mill Institut geladen hatte: „Religionsfreiheit vs. Meinungsfreiheit“.

„Auf Furcht basierte Toleranz ist keine aufrichtige Toleranz“, mahnte Scheffer: „Wenn man andere verpflichtet, verpflichtet man auch sich selbst.“ Auch wenn die Politik dazu neige, Konflikte so klein wie möglich zu halten: „Wir brauchen diese Auseinandersetzung.“

Demnach wäre es gut gewesen, wenn auf dem Podium eine Kopftuchträgerin vertreten gewesen wäre – wie später aus dem Publikum ein Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde scharf anmerkte.

So fiel die Rolle des Kopftuchverteidigers einem Richter zu. Johannes Masing war maßgeblich an dem jüngsten Verfassungsurteil beteiligt, das ein pauschales Kopftuchverbot an Schulen kippte. „Schule ist der Raum, in dem Umgang mit Vielfalt gelernt werden muss“, erklärte er. Lehrer dürften also ihre Religion zeigen – solange sie nicht missionierten. Eine andere Entscheidung wäre „ein Stück Berufsverbot“ gewesen – für selbstständige, selbstbewusste Frauen, die sich für das

Kopftuch entschieden hätten. Auch wenn dieses, wie er zugab, in anderen Situationen für Unterdrückung stehe. „Unsere Antwort ist die des konsequenten Individualismus. Wir erlauben Freiheit.“

Das sieht die Soziologin Necla Kelek ganz anders. Sie beurteilt das Kopftuch politisch – und sieht hinter den klagenden Lehrerinnen eine ganze Bewegung, die Verschleierung vorschreiben und so die Gesellschaft nach Geschlechtern trennen will. Mit dem Urteil wachse der Druck auf junge Muslimas, sich traditionellen Regeln zu unterwerfen. „Ich hätte mir gewünscht, dass das Gericht uns Frauen so weit schützt, dass wir Religionsfreiheit leben können!“ Freiheit nicht nur zur, sondern auch von der Religion.

Wie weit Religion vor satirischen Angriffen geschützt werden kann, führte Masing aus: so gut wie gar nicht. Nur bei Beleidigung von Individuen („Wer das glaubt, spinnt“) griffen persönliche Schutzrechte. Auch dürften laufende Gottesdienste oder Prozessionen nicht gestört werden. Dagegen sei der umstrittene Blasphemie-Paragraph im StGB fast bedeutungslos, so Masing: „Es gibt dazu praktisch nichts.“

Titanic-Chefredakteur Tim Wolff bestätigte: Noch nie habe eine Kirche vor Gericht gegen sein Magazin gewonnen, sagte er. „Religionen sollten gewinnorientierte Unternehmen werden. Die haben mehr Aussichten, Satire verbieten zu lassen“, so der Satiriker der Runde, der pflichtgemäß seine Statements mit Poin-

ten garnierte („Wir fordern seit Jahren, dass Christus auf Kreuzifixen in Schulen Kopftuch tragen sollte.“). Den Umgang mit Karikaturen nach dem Attentat auf „Charlie Hebdo“ kommentierte er dann doch sehr ernst: „Etwas zu beschreiben, aber es nicht dokumentarisch abzubilden, das ist schlechter Journalismus“, kritisierte er. „Es geht um Karikaturen, nicht um das Foto eines Ermordeten!“

Religiöse Gefühle dürfe man verletzen, betonte der Moralthologe Josef Schuster – und forderte doch Respekt vor jenen, die sich verletzt fühlen. „Wir müssen konfrontieren, wo die Gesellschaft angegriffen wird. Aber wir dürfen die Integration nicht aus den Augen verlieren“, betonte er. Und: „Nicht alle Muslime sind Islamisten.“



Es diskutierten (v.l.): Tim Wolff, Josef Schuster, Moderatorin Ulrike Ackermann, Necla Kelek, Johannes Masing und Paul Scheffer. Foto: hen